

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuß

41. Sitzung

am Mittwoch, dem 18. November 1998, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Uwe Eichelberg (CDU)

Vorsitzender

Dr. Jürgen Hinz (SPD)

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Klaus Haller (CDU)

Silke Hars (CDU)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Bernd Saxe (SPD)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

Tagesordnung:

1. **Anhörung zum“Lärmschutz für die betroffene Bevölkerung vor Fluglärm durch den geplanten Ausbau des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel“;**
hier: Bürgermeister der Städte Norderstedt und Quickborn sowie der Gemeinden Hasloh und Ellerau

2. **Vorstellung des neuen Ministers für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Horst Günter Bülck**

3. **Bericht der Investitionsbank 1997**

Drucksache 14/1495

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1478

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung (AGInsO)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1520

6. **Herausforderungen von Multimedia in Schleswig-Holstein**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1509

7. **Umweltwirtschaft und Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1645

8. a) **Verkauf des landeseigenen Hafens Dagebüll -
Maßnahmen zur Kostenreduzierung in den übrigen landeseigenen Häfen
(außer Brunsbüttel und Glückstadt)**

Schreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Umdruck 14/2599

- b) **Privatisierung der landeseigenen Hafengruppe Brunsbüttel**

Schreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Umdruck 14/2600

9. Liste der Berichte an den Landtag

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom
13. Oktober 1998
Umdruck 14/2527

10. Festlegung der Sitzungstermine für 1999

11. Verschiedenes

Der Vorsitzende, Abg. Eichelberg, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Anhörung zum "Lärmschutz für die betroffene Bevölkerung vor Fluglärm durch den geplanten Ausbau des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel";

hier: Bürgermeister der Städte Norderstedt und Quickborn sowie der Gemeinden Hasloh und Ellerau

hierzu: Umdrucke 14/2241, 14/2683, 14/2688 und 14/2689

Zunächst trägt Bürgermeister Dr. Petri die Stellungnahme für die Stadt Norderstedt vor (Umdruck 14/2689) und erklärt, daß sich Norderstedt voll den Forderungen der Fluglärmkommission an den Hamburger Senat anschließe.

Für die Gemeinde Ellerau erklärt Bürgermeister Thormählen, daß die Bevölkerung von Ellerau nach Rücknahme der Verlegung des Abkurvpunktes weiter nach Norden - durch diese Verlegung sei Ellerau plötzlich nicht nur durch landende, sondern auch durch startende Flugzeuge belastet worden - und bei Beibehaltung dieses Zustandes mit der Flughafenerweiterung leben könne.

Die Stellungnahme der Stadt Quickborn, die von Bürgermeister Thonfeld vorgetragen wird, liegt den Ausschußmitgliedern mit Umdruck 14/2688 vor.

Bürgermeister Rösner erklärt sodann für die Gemeinde Hasloh, daß man sich der Stellungnahme von Bürgermeister Dr. Petri inhaltlich anschließe. Er nennt drei Essentials aus Sicht der Gemeinde Hasloh, die bei der Erweiterung des Flughafens Berücksichtigung finden müßten:

- Gerechtere Verteilung der Flugbewegungen auf die vier Flugbahnen;
- keine Ausdehnung der Nachtflugbewegungen;
- Einführung einer Bewegungskontingentierung nach Möglichkeit als kombinierte Lärm- und Bewegungskontingentierung.

In der folgenden Aussprache bewertet AL Dr. Eggers die inzwischen erreichte Verlegung des Abkurvpunktes, über die der Wirtschaftsausschuß mit Umdruck 14/2683 informiert worden sei, als gutes Ergebnis. Die Fortsetzung dieser zunächst zeitlich begrenzten Maß-

nahme setze voraus, daß das Luftfahrt-Bundesamt hier entsprechend mitziehe und die Regelung akzeptiere. In der Frage der Bahnverteilung sei Schleswig-Holstein bei seinen diesbezüglichen Bemühungen auf den harten Widerstand von Hamburg gestoßen. Man müsse dabei sehen, daß die schleswig-holsteinischen Mittel, hierauf bestimmend einwirken zu können, leider begrenzt seien. Die Bemühungen Schleswig-Holsteins, diesbezüglich das rechtliche Instrumentarium zu verbessern, hätten aber leider in der vergangenen Legislaturperiode auch bei der Bundesregierung keine Unterstützung gefunden, so daß weiter von der derzeitigen Regelung ausgegangen werden müsse. Zur Lärmkontingentierung liege eine definitive Entscheidung noch nicht vor; die Gespräche würden fortgesetzt. Für ihn, Dr. Eggers, sei nicht ganz klar, ob es opportun sei, eine Bewegungskontingentierung hier mit ins Spiel zu bringen, weil die Bewegungskontingentierung Raum lasse für den weiteren Betrieb lärminintensiver Flugzeuge, und das wolle man ja gerade vermeiden. Die Frage, wie man beides, Lärmkontingentierung und Bewegungskontingentierung, zusammenbringen könne, bedürfe sicherlich noch weiterer Gespräche, die man auch noch mit Hamburg führen werde.

Auf Anregung von Abg. Bernd Schröder bittet der Ausschuß die Vertreter des MWTV, einmal das von Bürgermeister Dr. Petri angesprochene und für den Flughafen Düsseldorf-Lohausen geltende Kontingentierungssystem dem Ausschuß bekanntzugeben. Abg. Bernd Schröder spricht die Erwartung aus, eventuell auf dieser Grundlage Ansatzpunkte für ein weiteres Verhandeln mit Hamburg gewinnen zu können. Außerdem weist er darauf hin, daß nach dem Ergebnis der Bundestagswahl vielleicht auch noch einmal eine Initiative über den Bundesrat erfolgreich sein könne. Des weiteren macht er auf Bestimmungen im Koalitionsvertrag zwischen der SPD und der GAL in Hamburg aufmerksam, wonach Regelungen sicherstellen sollten, daß Flugbewegungen über 22:00 Uhr hinaus nicht stattfänden. Auch dies sei ein Ansatz, einmal nachzufragen, inwieweit daraus Ergebnisse resultierten.

In der weiteren Aussprache erbittet Abg. Aschmoneit-Lücke von den Vertretern des MWTV auch die Vorlage der von Abg. Bernd Schröder angesprochenen Bundesratsinitiative, die seinerzeit von Bundesregierung und Bundestag nicht aufgegriffen wurde. - RL Schneider sagt die Übermittlung dieser Bundesratsinitiative an die Ausschußmitglieder zu.

Abschließend verweist Bürgermeister Dr. Petri noch einmal auf die Zusammenarbeit im Rahmen der Metropolregion Hamburg und bittet, auch diesen Weg zu nutzen, von schleswig-holsteinischer Seite aus verstärkt Druck auf Hamburg in Richtung Einrichtung einer kombinierten Lärm- und Bewegungskontingentierung auszuüben, wie sie etwa dem für den Flughafen Düsseldorf-Lohausen geltenden Kontingentierungssystem entspreche, jedoch zu-

gleich der im Vergleich dazu weit exponierteren Stadtlage des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel Rechnung trage.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Vorstellung des neuen Ministers für Wirtschaft, Technologie und Verkehr,
Horst Günter Bülck**

M Bülck spricht ebenso wie zuvor der Vorsitzende, Abg. Eichelberg, die Erwartung an eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen seinem Haus und den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses aus und bietet seine jederzeitige Gesprächsbereitschaft an. - Auf Fragen von Abg. Schmitz-Hübsch entgegnet M Bülck, daß er heute noch in einer Pressekonferenz das Investitionsprogramm „Arbeit, Bildung, Innovation“ vorstellen werde und daß er insbesondere im Technologiebereich und hier speziell bei der Technologiestiftung Schleswig-Holstein noch einiges in den letzten vierzehn Tagen der schon Wochen dauernden Haushaltsberatungen habe bewegen können. Zum Ausbau der A 7 habe er sich dahin gehend geäußert, daß er sich für den Ausbau der A 7 zwischen dem Dreieck Hamburg-Nordwest und Quickborn einsetzen werde.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht der Investitionsbank 1997

Drucksache 14/1495

(überwiesen am 2. Juli 1998 an den **Finanzausschuß** und den Wirtschaftsausschuß)

Als Mitglied der Geschäftsleitung der IB trägt Herr Dr. Engelhaupt Eckpunkte des Berichtes vor. - In der folgenden Aussprache wiederholt Abg. Schmitz-Hübsch ihre Bitte, Zuwendungen des Landes für die Abwicklung von Programmen in der Gewinn- und Verlustrechnung der IB auszuweisen. - Herr Dr. Engelhaupt erwidert, daß das Bundesaufsichtsamt sehr streng bei Formalitäten sei, die eine Bankbilanz anbelangten. Insofern werde man von den Wirtschaftsprüfern keine Zustimmung bekommen, das so expressis verbis auszuweisen, wie sich das Abg. Schmitz-Hübsch wohl vorstelle. Wenn es gewünscht würde, könnte man das jedoch auf einem Extrablatt zusammentragen, aber in der Bilanz werde sich das nicht darstellen lassen. - Der Weg der Ausweisung über ein Extrablatt wird daraufhin vom Ausschuß befürwortet.

Auf eine Frage von Abg. Haller erwidert Herr Dr. Engelhaupt, daß man dieses Jahr mit einem Überschuß in Höhe von etwa 4 Millionen DM rechne.

Auf eine Frage von Abg. Hars nach dem Meister-BAföG trägt Herr Dr. Engelhaupt vor, daß man in diesem Jahr über 3.000 Anträge vermelden konnte. Das Meister-BAföG erlebe jedoch zur Zeit eine gewisse Erlahmung. Es sei offensichtlich nicht der Fall, daß man hier ein ständig wachsendes Volumen verzeichnen könne. Vielleicht liege dies auch daran, daß das Verfahren, das hierzu vom Bund vorgegeben werde, sehr schwierig zu verstehen seien und deshalb unter Umständen abschrecke.

Zu den Wertberichtigungen - so eine weitere Frage von Abg. Schmitz-Hübsch - führt Herr Dr. Engelhaupt aus, daß man 1994 bis 1996 erhebliche Wertberichtigungen gebildet habe. jedoch 1997 erheblich weniger Wertberichtigungsbedarf gehabt habe, so daß 19 Millionen DM dem Kapital zugeführt werden konnten. Interne Auflösungen hätten gereicht, um notwendige Neubildungen zu kompensieren.

Abschließend erklärt Herr Dr. Engelhaupt zum Komplex Existenzgründerinnen, daß man auch in diesem Jahr festgestellt habe, daß die Zahl der Beratungen ständig nach oben gingen, aber die Bereitschaft der Frauen, sich dann selbständig zu machen, lasse eher nach.

Einmütig spricht der Wirtschaftsausschuß die Empfehlung an den federführenden Finanzausschuß aus, dem Plenum des Landtages zu empfehlen, die Vorlage Drucksache 14/1495 zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1478

hierzu: Umdrucke 14/2150 bis 14/2153, 14/2193, 14/2194, 14/2254, 14/2271,
14/2290

(überwiesen am 10. Juni 1998 an den **Innen- und Rechtsausschuß** und den
Wirtschaftsausschuß)

Auf Antrag von Abg. Plüschau wird die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung (AGInsO)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1520

hierzu: Umdrucke 14/2412, 14/2413, 14/2415, 14/2418, 14/2473, 14/2495,
14/2496, 14/2503, 14/2517 bis 14/2519, 14/2604

(überwiesen am 2. Juli 1998 an den **Innen- und Rechtsausschuß** und den
Wirtschaftsausschuß)

Ohne weitere Aussprach empfiehlt der Ausschuß einstimmig dem federführenden Innen- und Rechtsausschuß, die Anregungen des Datenschutzbeauftragten mit dem Ziel der Übernahme zu überprüfen und ansonsten dem Plenum des Landtages zu empfehlen, die Vorlage unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Maßgaben anzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Herausforderungen von Multimedia in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1509

hierzu: Umdruck 14/2685

(überwiesen am 3. Juli 1998 an den **Wirtschaftsausschuß** und den Bildungsausschuß)

Abg. Schmitz-Hübsch führt für die vom Ausschuß geplante Anhörung Fragenkomplexe, die dem Umdruck 14/2685 zu entnehmen sind, in die Beratungen ein. Anzuhörende Institutionen und Personen würden von der CDU noch benannt werden.

Abg. Müller schlägt vor, die Komplexe auf die beiden Bereiche Auswirkungen auf Ausbildung und Auswirkungen auf Medienwirtschaft unter Berücksichtigung technologischer, infrastruktureller und gesetzlicher Voraussetzungen zu reduzieren.

Abg. Hentschel unterstreicht, daß der Bericht im Grunde genommen ergeben habe, daß es keine Datenlage gebe, die eine sinnvolle Auswertung zulasse. Insofern gehe es darum, einen Experten zu finden, der dazu Auskunft geben könne, wie man das Thema überhaupt in den Griff bekommen könne.

Abg. Müller erklärt, als Voraussetzung für eine erfolgreiche Anhörung müsse sichergestellt werden, daß Daten aus den Kammern, den Unternehmensverbänden und Berufsverbänden der neuen technologischen Bereiche zusammengetragen werden könnten, die Schwächen und Defizite in diesem Bereich aufzeigten.

Abg. Haller hält es für sinnvoll, das Wirtschaftsministerium zu bitten, einmal aufzuzeigen, inwieweit die Zusammenarbeit mit der Metropole Hamburg verbessert werden könnte, nachdem der Bericht hier doch sehr in konjunktivischer Form verfaßt sei.

Die Ausschußmitglieder kommen überein, daß die Abg. Schmitz-Hübsch und Abg. Müller gemeinsam einen Verfahrensvorschlag für die Durchführung der Anhörung erarbeiten und diesen in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 25. November 1998, die in Lübeck-Blankensee stattfinden wird, unterbreiten.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Umweltwirtschaft und Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1645

(überwiesen am 3. September 1998 an den **Umweltausschuß**, den Wirtschaftsausschuß und den Sozialausschuß zur abschließenden Beratung)

Abg. Dr. Hinz regt an, die Vorlage Drucksache 14/1645 zur Kenntnis zu nehmen und den federführenden Ausschuß zu bitten, insbesondere noch Problemen im statistischen Bereich wie zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nachzugehen.

Abg. Schmitz-Hübsch fragt, wie hoch die Energie- und Wasserpreise in Schleswig-Holstein im Verhältnis zu anderen Bundesländern seien, inwieweit Industrie und schleswig-holsteinische Haushalte durch die Umweltpolitik belastet würden und ob es Indikatoren gebe, die in Schleswig-Holstein bessere Ergebnisse als in anderen Bundesländern zeigten.

St. Dr. Rohwer erklärt, er werde diese Frage zuständigkeitshalber an das Umweltministerium weiterleiten. Darüber hinaus werde er die hierzu relevanten Teile eines vor zwei Jahren beim Ifo-Institut in Auftrag gegebenen Gutachtens den Ausschußmitgliedern zur Kenntnis geben.

Der Ausschuß beschließt einstimmig, dem federführenden Umweltausschuß zu empfehlen, dem Landtag vorzuschlagen, die Vorlage Drucksache 14/1645 zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**a) Verkauf des landeseigenen Hafens Dagebüll -
Maßnahmen zur Kostenreduzierung in den übrigen landeseigenen Häfen
(außer Brunsbüttel und Glückstadt)**

Schreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Umdruck 14/2599

b) Privatisierung der landeseigenen Hafengruppe Brunsbüttel

Schreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Umdruck 14/260

Abg. Schmitz-Hübsch moniert das in dieser Angelegenheit praktizierte Verfahren, in dem der Fachausschuß keine Gelegenheit bekommen habe, vor der Schaffung vollendeter Tatsachen aus fachlicher Sicht Stellung zu nehmen; die Mitglieder des Finanzausschusses wiederum seien davon ausgegangen, daß diese Befassung durch den Wirtschaftsausschuß stattgefunden hätte.

Nach der Diskussion im einzelnen sagt AL Dr. Eggers auf Wunsch von Abg. Schmitz-Hübsch und des Vorsitzenden, Abg. Eichelberg, Bestandsaufnahmen, die für die Seehäfen von Friedrichskoog bis Dagebüll in jeweiliger Abstimmung entwickelt worden seien, als schriftliche Information zu. Darüber hinaus werde man - so ein Wunsch von Abg. Hars - berichten, wie sich der Personaleinsatz als Maßnahme zur Kostenreduzierung weiter entwickle.

Auch zum Themenbereich Brunsbüttel sagt AL Dr. Eggers nach einer Sachverhaltsschilderung weitere Informationen an den Wirtschaftsausschuß über neue Entwicklungen zu.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Liste der Berichte an den Landtag

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom
13. Oktober 1998

Umdruck 14/2527

Die Ausschußmitglieder halten es - bei Gegenrede durch Abg. Hentschel im übrigen einmütig - für erforderlich, daß die im Umdruck 14/2527 genannten und in den Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsausschusses fallenden Berichte auch weiterhin erstattet werden.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Festlegung der Sitzungstermine für 1999

Die Ausschußmitglieder legen folgende Termine für 1999 fest: 13. Januar, 10. Februar, 10. März, 28. April, 19. Mai, 16. Juni, 14. Juli (Reservetermin), 8. September, 6. Oktober, 3. November und 1. Dezember. Die Sitzungen sollen jeweils um 10:00 Uhr beginnen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Hars spricht die Elbfähre Cuxhaven- Glückstadt an. - AL Dr. Eggers erklärt, das Vorhaben solle im März 1999 realisiert werden.

Informationen zum aktuellen Sachstand beim Übergang der Baulast von Eisenbahnbrücken auf Kommunen werden nach Zusage durch AL Dr. Zeichner schriftlich gegeben werden.

Auf dringenden Wunsch von Abg. Schmitz-Hübsch soll die Behandlung des Antrages der Fraktion der CDU betr. **Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert** in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 25. November in Lübeck-Blankensee behandelt werden. Die abschließende Lesung des Antrages durch den Landtag soll für die Dezember-Tagung vorgesehen werden.

Der Vorsitzende, Abg. Eichelberg, schließt die Sitzung um 13:15 Uhr.

gez. Eichelberg
Vorsitzender

gez. Neil
Geschäfts- und Protokollführer